

# Haushalt und Finanzen 2012



## Rede des Fraktionsvorsitzenden der UWG, Uwe Hesse, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2012 am 14. Dezember 2011

*(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)*

Herr Landrat meine Damen und Herren,

wenn man den Haushaltsentwurf über die Eckdaten und den Vorbericht betrachtet, so bietet er wenig Ansatzpunkte zu besonders kritischen Bemerkungen. Gleichwohl sind eine Reihe von Fakten zum Entwurf ins Feld der Betrachtungen zu führen, die eine entsprechende Würdigung erfordern. Mit dem positiven Abschluss 2010 und dem derzeitigen Verlauf der Ergebnisrechnung 2011, steht der Kreis erst einmal strukturell recht gut da.

Die im Ergebnisplan 2012 ausgewiesene Deckungslücke von 1.327.844 Mio. Euro zeigt aber ganz deutlich, dass der Haushaltsentwurf 2012 zwar ausgeglichen ist, das aber nur strukturell. Wir müssen, die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen. Erst planen wir dann eine Unterdeckung und im Laufe des Jahres stellen wir fest, dass wir einen kleinen Gewinn machen. Das ist aber nach unserer Auffassung Geld der Kommunen, geben wir das denen doch zurück.

Auch wenn im Haushaltsentwurf 2012 steht die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sollen nicht so stark belastet werden, so stimmt das nur teilweise. Der Kreis sagt, wir haben den Hebesatz allgemein nicht geändert, er ist wie 2011 bei 35,08% geblieben und der Hebesatz bei der Jugendamtsumlage ist auf 21,67% gesunken.

Gleichwohl werden einige Städte und Gemeinden im Kreis mehr belastet. So müssen Billerbeek, Coesfeld, Dülmen und Nordkirchen insgesamt bei den Umlagen tiefer in die Tasche greifen. Die Gesamtsumme der Mehrbelastung für die aufgeführten Gemeinden beträgt rund 1,6 Mio.

Der Vorschlag der Mehrheitsfraktion rund 2,0 Mio. Euro Entlastung für die Gemeinden im Haushaltsplan zu veranschlagen ist insofern zu begrüßen, dass den Städten und Gemeinden erst mal Luft verschafft wird. Die UWG stellt aber den Antrag diese Summen aus der Ausgleichsrücklage zu nehmen. Das Risiko ist wesentlich geringer, da hier die LWL Umlage keine Rolle spielt, über die Ausgleichsrücklage kann der Kreistag selbst entscheiden. Die allgemeine Rücklage ist ja auch von 4,5 Mio. Euro in 2008 auf 7,0 Mio. Euro in 2010 gestiegen, der Kreis hat also keine Not. Die Schlüsselzuweisungen sind für 2012 ja auch um knapp 5,0 Mio. Euro aufgestockt worden. Hilfe ist für Städte und Gemeinden durchaus möglich

Bei der Finanzsituation in den einzelnen Städten und Gemeinden, ist jeder Euro der mehr abzuführen ist, ein Griff in die Rücklagen, also echter Substanzverzehr. Zum Leidwesen unserer Kommunen geht die Landesregierung auch noch den Weg der Umschichtung von Schlüsselzuweisungen zu Gunsten der kreisfreien Städte und zu Lasten des kreisangehörigen Raumes.

Wenn jetzt auch noch, wie von der Landesregierung geplant, 2014 die Abundanzumlage als Wahlgewenk für die hoch verschuldeten, kreisfreien Städte auf den kreisangehörigen Raum zukommt, dann werden auch die noch bestraft, die ordentlich gewirtschaftet haben. Die für 2012 angekündigte einmalige Abminderungshilfe fällt ja dann auch weg.

Das ist mit der UWG so nicht zu machen. Wir werden uns dann Verbündete suchen, die dieses Wahlgewenk ebenso ablehnen wie wir. Der Kreis muss sich neue bzw. geänderte Umlagegrundlagen schaffen. Der Kämmerer und die Bereichsleiter müssen dann den ganz spitzen Bleistift auspacken und alles auf den Prüfstein legen. Es reicht dann nicht mehr zu sagen, wir haben alle Budgets auf den Stand vom Vorjahr eingefroren. mehr geht nicht. Es darf keine Tabus geben. Sparpotenziale müssen generiert

werden, die Belastungen aller Kommunen sind jetzt schon an ihre Grenzen gekommen, ein weiterer Werteverzehr ist nicht mehr zu verantworten.

Der Brief der Bürgermeisterkonferenz spricht das ganz deutlich aus, wenn selbst die Substanz angegriffen werden muss, verlieren die Kommunen jede originäre Handlungsmöglichkeit. Die einzelnen Fraktionen im Kreistag haben in ihren Klausurtagungen das Thema intensiv diskutiert und sind dabei zu den entsprechenden Anträgen gekommen. Die UWG hat ihren Antrag dazu gestellt. Wir wollen die Entlastung der Kommunen so weit wie nur möglich, damit die Kommunen nicht mit Kassenkrediten Ihre Verpflichtungen erfüllen müssen. Fließt dem Kreis auf diesem Wege Liquidität zu die er zur Finanzierung seiner laufenden Aufgaben nicht benötigt, so kann dieses Geld vielfältig Verwendung finden. Auf Jeden Fall verbessert sich so die Vermögenssituation des Kreises, finanziert zum Teil aus der Kreisumlage, der zahlungspflichtigen Kommunen. Hier wird Eigenkapital aufgebaut und dort wird mit Kassenkrediten bezahlt, so sollte es aus der Sicht der Kommunalfinanzen und der Bürger und Steuerzahler auf keinen Fall sein.

Die zukünftigen Aufgaben und Probleme mit denen sich die Kommunen noch auseinander zu setzen haben machen die Lage auch nicht einfacher. So stehen wichtige Entscheidungen im Raum, Windvorrangzonen sollen geschaffen werden, das wird wiederum die Stadtwerke belasten, deren Gewinnabführung darunter leidet. An den Rändern der Gemeinden werden Großmastbetriebe errichtet die die gesamte Infrastruktur belasten, von den übrigen Emissionen ganz zu schweigen.

Die Hoffnung, dass wir die Besatzdichte von Niedersachsen nicht erreichen, wird sich wahrscheinlich auch nicht erfüllen. Die Betreiber haben, so scheint es, jedes Augenmaß verloren. Sie haben wahrscheinlich nur noch die Eurozeichen im Auge.

Genauso geht das mit den Windvorrangzonen nur ist die Frage wollen die Menschen eine verspargelte Landschaft. Windenergie ist natürlich besonders sauber aber wer liefert die notwendige Grundlast und wo kommt sie her? Kaufen wir eventuell Strom aus den Nachbarländern und wo kommt der her? Diese Frage muss ja so erlaubt sein. Eins steht auf jeden Fall fest, das Land NRW ist nun mal der Haupt-Stromerzeuger und auch wir im Kreis sind damit involviert, auf diese Fragen müssen wir Antworten geben.

Ebenso werden uns auch Fragen zur Schulpolitik gestellt. Die UWG vertritt den Standpunkt „Soviel Inklusion wie möglich- unter Beibehaltung der Förderschulen wo nötig. Hier ist zu prüfen welche Förderschulkinder an den Regelschulen unterrichtet werden können. Ein Qualitätsverlust sollte nicht hingenommen werden, das haben die Kinder nicht verdient. Da muss entsprechendes Lehrpersonal aufgestockt werden.

Eine Inklusion in umgekehrter Richtung kann durchaus auch sinnvoll sein. Eine Kooperationsmöglichkeit zwischen Förderschule und Regelschule kann durchaus sehr interessant sein wenn in bestimmten Fächern Regelschüler und Förderschüler gemeinsam lernen. Da kommt auf die Städte und Gemeinden in unserem Kreis eine ganze Menge

Aufgaben zu die es zu meistern gilt und die auch Geld kosten, Geld das nicht da ist. Die UWG ist politisch im Kreis engagiert und ihre Mitglieder tragen in den Kommunen als Stadt- und Gemeinderäte mit Anderen die Verantwortung, die nehmen wir sehr ernst.

Der Haushalt 2012 belastet eine Reihe von Kommunen mehr als notwendig, wir werden so diesem Entwurf nicht zustimmen, er ist uns nicht weitgehend genug. Die bis jetzt geplanten Entlastungsvorschläge reichen nicht aus um wirklich spürbar und nachhaltig zu entlasten.

Uns fehlt auch die Perspektive für die Zukunft,  
wo will der Kreis in 5 Jahren stehen?  
Was wollen wir weiter entwickeln?  
Gibt es einen Verkehrsentwicklungsplan?  
Wie sieht die weitere Ansiedlung von Industrie aus?

Im Bereich der Kulturplanung ist ersichtlich wo die Reise hin geht und mit der Burg Hülshoff ist ein neuer Geschichts- und Kulturbereich geschaffen worden, der zusätzliche Impulse geben kann. Wir erwarten in Zukunft mehr Initiative von unserer Verwaltung, Aufgaben gibt es genug.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit